

# Die Reichen sollen zahlen

DGB-Mann Jochen Marquardt: „Öffentliche Haushalte brauchen mehr Steuergelder“

Von Sebastian Schmidt

**LÜDENSCHIED** ■ Jochen Marquardt gilt nicht eben als Mann, der lange um den heißen Brei herumredet. Diesem Ruf wurde der Hagener DGB-Vorsitzende und designierte Geschäftsführer der DGB-Region Ruhr-Mark bei einem Auftritt in Lüdenscheid jetzt erneut gerecht. Seine klaren Postulate dabei: „Die öffentlichen Haushalte brauchen mehr Steuergelder. Unser Steuersystem braucht mehr Gerechtigkeit. Und wir brauchen eine Reichensteuer.“

Marquardt sprach im Zuge einer Veranstaltung, bei der sich im Nattenberg-Restaurant Gewerkschafter und Abgesandte von Sozialverbänden versammelt hatten. Es

ging darum, nach dem jüngsten Vorbild in anderen deutschen Städten ein Bündnis gegen die zunehmende soziale Kluft im Lande zu formieren. Das Motto bei dem Schulterschluss: „Umfairteilen – Reichtum besteuern.“

Bankrotte Staaten, klamme Kommunen und ein Sparkorsett für Bürger und öffentliche Haushalte – für Marquardt sind das keine in Stein gemeißelten Naturgesetze: „Es gibt Alternativen.“

Auch für das gebeutelte Griechenland. Der Gewerkschafter zur Situation der Hellenen: „Es ist überhaupt nicht so, dass die griechischen Kollegen mehr verdienen und eher in Rente gehen als wir. Da sind viele Lügen im Spiel. Es ist vielmehr

so, dass die griechischen Millionäre finanziell unangetastet bleiben, während normale Leute auf Parkbänken schlafen müssen. Eine solche Not hat es nie gegeben.“

Vor allem aber befasste sich Marquardt an diesem Abend mit der Finanzlage in Deutschland. Die Gründe für das Ausbluten der öffentlichen Haushalte sind aus seiner Sicht Steuereinbrüche und permanente Steuer geschenke an die Reichen. Das alles habe zu einer enormen Reichtumsanhäufung auf privater Seite und gleichzeitig zu verarmten Städten und Gemeinden geführt. Marquardts Forderung daher: „Wir brauchen eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen, von großen Erb-

schaften und von Kapitalerträgen. Und das hat gar nichts mit Sozialneid, sondern nur mit Gerechtigkeit zu tun.“

Die immer restriktivere Sparpolitik in immer mehr Kommunen hält Marquardt dagegen für ebenso perspektiv- wie nutzlos: „Ein Medikament, das gegen eine bestimmte Krankheit nicht hilft, wirkt nicht besser, wenn man die Dosis erhöht.“

Thema Staatsverschuldung. Die liegt in Deutschland bei aktuell rund gut zwei Billionen Euro. Statistisch gesehen wäre demnach jeder Bürger mit circa 25 000 Euro verschuldet. Für Marquardt kein Anlass zur Panik. Warum nicht? „Weil Schulden in unserem kapitalistischem System ganz normal sind. Und vor allem, weil den zwei Billionen Euro Schulden in Deutschland ja siebeneinhalb Billionen an Nettoprivatvermögen gegenüberstehen.“

Das Problem sei vielmehr die Vermögensverteilung. Marquardt: „Von diesen siebeneinhalb Billionen gehören dem reichsten Zehntel der Bevölkerung 65 Prozent.“ Vor diesem Hintergrund hat das neue „Umfairteilungs-Bündnis“ auch schon ein konkretes Ziel vor Augen: Der Lüdenscheider Stadtrat soll die Bundesregierung auffordern, eine Vermögenssteuer einzuführen.



Recht starke Resonanz: Rund 35 Bürger waren bei der DGB-Veranstaltung mit von der Partie. ■ Fotos: Schmidt



Ein Mann klarer Worte: Gewerkschafter Jochen Marquardt.